

## 15 Jahre Bürgerinitiative Schwarzburg

Bereits 1993 hat sich im Schwarzatal (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) eine Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben gegründet. Die Bürgerinitiative Schwarzburg, die vor wenigen Tagen während einer Mitgliederversammlung ihren 15-jährigen Gründungsgeburtstag feierte, war somit eine der ersten Bürgerinitiativen in Thüringen, die sich für sozial gerechte Kommunalabgaben stark machte.

Bereits vor 15 Jahren ging es dabei um solche Probleme wie überhöhte Wasser- und Abwassergebühren und die Zulässigkeit von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen. Der langjährige Vorsitzende der Bürgerinitiative Dieter Burkhardt konnte vor wenigen Tagen eine erfolgreiche Bilanz zur Arbeit ziehen.

So hat die Bürgerinitiative erreicht, dass bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen die Bürger in Schwarzburg erheblich finanziell entlastet wurden.

Auch im Bereich des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Rennsteig-Wasser“ hat die Bürgerinitiative gemeinsam mit Anderen eine Kostenreduzierung erreicht.

Bereits seit mehreren Jahren arbeitet die Bürgerinitiative Schwarzburg auch in der Thüringer Bürgerallianz für sozial gerechte Kommunalabgaben mit.

Als besonderen Erfolg bewertet die Bürgerinitiative die Abschaffung der Wasserbeiträge in ganz Thüringen und die bürgerfreundlichere Erhebung der Abwasserbeiträge.

Durch die Abschaffung der Wasserbeiträge zum 1. Januar 2005 erhielten die Thüringer über 140 Mio. Euro an Rückerstattungen.

Im Abwasserbereich bleiben seit dieser Zeit unbebaute Grundstücke bis zum Zeitraum der Bebauung beitragsfrei. Bei der Beitragsberechnung wird nur noch die tatsächlich vorhandene Bebauung zugrunde gelegt und nicht wie bis dahin die mögliche Bebauung. Bei übergroßen Grundstücken geht nur noch ein Teil der Grundstücksfläche in die Berechnung ein.

Mit Blick auf das Jahr 2009 will die Bürgerinitiative im Rahmen der Thüringer Bürgerallianz auch für die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge hinwirken.

Im Dialog mit dem Abwasserzweckverband soll geprüft werden, ob auch ohne gesetzliche Regelung die Abwasserbeiträge reduziert oder abgeschafft werden können.

Dieter Burkhardt verwies auch auf die gute Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion DIE LINKE. Zur Mitgliederversammlung waren Cordula Eger (Bürgerbüro der LINKEN im Landtag) und Frank Kuschel (MdL) als Gäste anwesend und informierten über aktuelle Entwicklungen, insbesondere die von der CDU geplanten Veränderungen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Dabei gab es heftige Kritik an den Regierungsplänen, weil an der zwingenden Pflicht zur rückwirkenden Erhebung der Straßenausbaubeiträge festgehalten werden soll. Über unverbindliche Stundungsregelungen ist das Problem der Straßenausbaubeiträge kaum im Sinne der Bürger lösbar.

Die Bürgerinitiative geht selbst davon aus, dass sie noch einige Jahre arbeiten wird. Bei den Kommunalwahlen 2009 will die Bürgerinitiative eventuell mit eigenen Kandidaten antreten.

Frank Kuschel